



per E-Mail: [REDACTED]

Bundesministerium der Justiz

[REDACTED]  
Referat I A 5  
Mohrenstraße 37  
10117 Berlin

23. September 2013

Leiter Juristische Zentrale

[REDACTED]  
☎ (089) 76 76 - [REDACTED]  
☎ (089) 76 76 - [REDACTED]  
[REDACTED]

**Stellungnahme des ADAC zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 (Brüssel-Ia-Verordnung) sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften**

**Aktenzeichen: 9340/3-5-4-14 225/2013**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem o. g. Referentenentwurf gibt der ADAC folgende

### **S t e l l u n g n a h m e**

ab:

Der ADAC begrüßt sowohl die im Rahmen der Durchführung der Brüssel-Ia-VO vorgesehenen Verfahrenserleichterungen für den Gläubiger, als auch die Wahrung der Belange des Schuldners.

Die Vollstreckung zivilrechtlicher Entscheidungen aus dem bzw. im EU-Ausland spielt in Bezug auf kraftfahrt- und mobilitätsbezogene Belange unserer Mitglieder bislang in der Praxis eine eher untergeordnete Rolle. Dennoch werden unsere Mitglieder häufig mit Sachverhalten konfrontiert, in denen eine Vollstreckung zivilrechtlicher Forderungen aus dem Ausland zumindest angedroht wird.

Als Beispiel für derartige Forderungen seien hier zivilrechtliche Vertragsstrafen genannt, die in einigen Ländern u. a. wegen der Überschreitung der Parkzeit auf Privatparkplätzen oder nicht ordnungsgemäßer Entrichtung von Straßengebühren (Autobahnmaut) verhängt werden.

Gerade im Hinblick auf die in einigen Ländern übliche, in Deutschland aber unbekannte, fingierte vertragliche Haftung des (möglicherweise zum „Tatzeitpunkt“ gar nicht anwesenden) Fahrzeughalters für derartige Vertragsstrafen, könnte im Rahmen einer Vollstreckung dieser Forderungen ein Widerspruch gegen den deutschen „ordre public“ (Art. 6 EGBGB) eingewendet werden.

Aus diesem Grund muss auch in Zukunft sichergestellt sein, dass dem Schuldner im Vollstreckungsstaat die Möglichkeit gegeben wird, Gründe für die Versagung der Vollstreckung vorzubringen.

Erfreulich ist daher, dass dies auch künftig in § 1115 ff. ZPO-E i. V. m. Art. 45 Brüssel-Ia-VO explizit vorgesehen ist.

Mit freundlichen Grüßen



Leiter Juristische Zentrale